



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Ratskollegen,
Sehr geehrte Gäste,

uns liegt heute ein Haushalt zur Abstimmung vor, mit dem Sie im Jahr 2025 bis zu 20 Millionen € neue Schulden machen wollen.

Alleine schon deshalb ist er für uns nicht zustimmungsfähig!

Erneut muss die Stadt mit einem Defizit in Millionenhöhe für das kommende Jahr planen!

Erneut werden die Pirmasenser Bürger verstärkt zur Kasse gebeten. Man verweist auf die ADD und verkauft den Anstieg der Grundsteuer B von 570 auf „nur“ 700 Punkte sogar als positives Verhandlungsergebnis!

Erneut liegt das größte Defizit im Sozialetat und alles zusätzlich den Bürgern abgeknöpfte Geld, versickert wirkungslos im großen Loch!

Es gab keine Versuche der Verwaltung, über Einsparungen zu einem annähernden Ausgleich der Verluste bei der Grundsteuer zu kommen.

An der „Steuerschraube“ zu drehen ist eben immer einfacher und vor allem bequemer, als gegen erwartbare Widerstände Kürzungen bei bestimmten Interessensgruppen vorzunehmen.

Dabei ist die Einnahmenseite überhaupt nicht das Problem, weder in unserer Stadt, noch im gesamten Land, sondern einzig und alleine die Ausgabenseite; so haben sich über Jahrzehnte hinweg die Einnahmen immer weiter erhöht während sich gleichzeitig die Ausgaben stets in noch höherem Umfang gesteigert haben.

Wenn im kommenden Jahr alle Planstellen besetzt werden sollten,

beschäftigt die Stadt etwa 724 Mitarbeiter bei rund 40 000 Einwohnern; das sind fast 2 Prozent der Bevölkerung. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sollen sich im kommenden Jahr auf 53,9 Millionen € belaufen.

Die Aufwendungen für die „soziale Sicherung“ betragen 78 Millionen Euro. Die Anzahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften stagniert seit Jahren bei etwa 2500.

Die Hilfen für Asylbewerber, fordern einen konstanten jährlichen Fehlbetrag von ca. 300000 Euro. Abschiebungen werden kaum vollzogen, jeder wird unterstützt und finanziert unabhängig von Bleiberecht und Zukunftsperspektive.

Wie viele „Macheten Attacken“ und „Brennpunkte“ mit ständigen Polizeieinsätzen gab es denn in unserer Stadt vor Beginn der illegalen Masseneinwanderung?

Unsere Stadt wird als sicher dargestellt – obwohl dies in keinsten Weise das Empfinden unserer Bürger widerspiegelt.

Gleichzeitig einher geht ein massiver Anstieg der Einbürgerungen: in den letzten Jahren auf eine mittlerweile dreistellige Zahl im Jahr!

Bei der Gewerbesteuer geht man in den nächsten vier Jahren von einer exorbitanten Einnahmensteigerung aus (von jetzt etwa 25 Millionen € auf fast 43 Millionen €).

Für diese Prognosen aus „Tausend und einer Nacht“ gibt es keine rationale Grundlage, zumal sich die Industrie in unserem Land aufgrund der verheerenden Bundespolitik im freien Fall befindet und immer stärker die Flucht ins Ausland ergreift; insofern sollte sich die Verwaltung für künftige Prognosen vielleicht mal eine neue Glaskugel kaufen, sofern es das Budget erlaubt.

Die einzige alternative Erklärung wäre, dass man beabsichtigt, die Hebesätze für die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren drastisch zu

erhöhen. **Aber dann eben erst nach der Bundestagswahl im Februar.**

Fantasiebuchungen finden sich übrigens auch bei den vermuteten Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung B, bei welcher man zukünftig von konstanten jährlichen Zuflüssen in Höhe von 47 Millionen € ausgeht; dabei hat die Vergangenheit stets gezeigt, dass man sich gerade in diesem Bereich auf überhaupt nichts verlassen kann, denn wiederholt wurden verschiedene Zuweisungen entweder erhöht oder gesenkt bzw. sogar gänzlich gestrichen oder neu eingeführt.

Bund und Land sind jedoch nicht irgendwelche gesichtslosen staatlichen Ebenen, sondern es sind die jeweils Regierenden von schwarz, rot, gelb und grün, welche dort die entsprechenden Gesetze machen und uns immer weitere und größere Aufgaben auferlegen, ohne diese ausreichend zu finanzieren.

Wer, wenn nicht Sie hier - als die Basis dieser Parteien - hätten die Möglichkeit, Einfluss auf diese Regierenden zu nehmen? Deshalb sind Sie mit ihrem Kartell Teil des Problems und können nicht zu einer Lösung beitragen;

stattdessen tragen Sie allesamt diese Rechtsbrüche stetig mit und vertreten damit eben gerade nicht die Interessen unserer Stadt, sondern einzig und alleine die ihrer jeweiligen Parteien;

wohlgemerkt jener Parteien, die sich diesen Staat schon lange zur Beute gemacht haben.

Dieser Haushalt bietet keine Qualität oder gar Zukunftsperspektiven, weswegen wir ihn ablehnen werden!